

macht durch die klare, ehetliche und rücksichtslose Haltung der sozialistischen Partei. Keine einzige Partei trat im politischen Kampf so offen und konsequent auf, wie die sozialistische. Das müssen Freunde und Feinde zugeben. Die Zweideutigkeit und Unklarheit hat den Radikalen dagegen ungemein viel geschadet. Wir haben nicht bloß einen großen Sieg, sondern auch einen schönen Sieg errungen. Die Radikalen bekamen Recht vor den Sozialisten. Das bewirkt, daß sie, wo immer sie nur konnten, den Sozialisten zum Siege vorgelassen. Wären die Führer diese ihre republikanische Pflicht zu tun verstanden, so hätten sie eine förmliche Empfehlung ihrer Truppen hervorgerufen. Andererseits haben die Sozialisten, ohne sich etwas zu vergeben, überall dazu beigetragen, die Reaktion mit Hilfe der Radikalen zu schlagen. Wie es immer geschieht, haben dabei unsere Genossen mehr Eifer und Emschlossenheit bekundet als die Radikalen.

Nach einer vorläufigen Abschätzung wird die neue Kammer folgende Zusammensetzung haben: Etwa 350 Mitglieder sämtlicher Parteien der Linken (mindestens 100 geeinigte Sozialisten, etwa 200 Radikale und Radikal-Sozialisten, 30 Demokraten, 22 unabhängige Sozialisten von der Farbe Agagners). Dieser Mehrheit der Parteien der Linken steht ein reaktionärer Block von etwa 250 Mitgliedern entgegen. Darunter: demokratische Linke 35, Brandisten oder Federation der Linken 77, Unabhängige 12, Progressisten 61, Merkale 38, Rechte 27, Wäde 2. Die Linke besitzt eine Mehrheit von 50 Stimmen. Ich wiederhole: die Aufzählung ist bloß eine vorläufige. Bei den Radikalen ist es ungemein schwer, genaue Zahlen anzugeben. Eins ist aber außer Zweifel: der reaktionäre Block ist gewaltig in der Minderheit. Daher das Behagen der Reaktion. Die Rechte beschuldigt sogar Brand und Genossen, daß sie nicht energisch genug, nicht genügend rücksichtslos vorgegangen sind. Der Gaullard jammert, daß die Rechte bei der Wahl von Poincaré ein schlechtes Geschäft gemacht habe. Die Reaktion deckt auf diese Weise ihr Spiel auf: sie hofft mit Hilfe des Präsidenten der Republik ihre reaktionären Geschäfte zu befestigen.

Die sozialistische Partei marschiert neuen Kämpfen, neuer Arbeit entgegen. Sie weiß, daß sie auf die Radikalen nicht allzuviel bauen kann. Die Partei des Kleinbürgertums wird ihre Zweideutigkeit und Unklarheit kaum so leicht aufgeben. Aber unter dem energischen Druck unserer tapferen Hunderte wird sie doch manche Schritte vorwärts machen müssen!

Die Berufstellung der sozialdemokratischen Kammermitglieder.

Von den bei den letzten französischen Wahlen gewählten Sozialdemokraten sind 55 Arbeiter und Angestellte, 5 Lehrkräfte und kleine Beamtenbesitzer, 6 Lehrer, 6 Mediziner und Apotheker, 4 Kaufleute, 9 gehören dem höheren Lehrfach an, 6 sind Rechtsanwälte, einer ist Rechtsanwalt und Journalist, einer Ingenieur und 9 sind Journalisten. Es sind somit in der sozialistischen Kammerfraktion alle Berufsstände vertreten; der überwiegende Teil aber gehört zum Proletariat.

Ein radikaler Wahlschwand.

In Lille in Nordfrankreich aufgedeckt. Aus Brüssel nach Lille gekommene Wähler haben auf Grund gefälschter Wahlzettel in den verschiedenen Wahllokalen ihre Stimmen für die reaktionären Kandidaten ab. Die Wahlschwand, die die frommen Wähler besaßen, waren die von der Bürgermeisterei offiziell ausgegebenen. Der Wahlschwand war jedoch erfolglos. Unsere Genossen Teleris und Chesquiere wurden wiedergewählt.

Die haben jedoch eine Anklage gegen den Bürgermeister von Lille erhoben, der auch bereits von seinem Amte zurückgetreten ist. Der ganze Fall hat sich ab des freien Schwandels eine große Auswirkung bemerkt. Eine Nichtbenutzung, an der 3000 Personen teilnahmen, verlangte am Dienstagabend die Amtseinführung des Gemeindevorstandes. Der Wahlschwand wurde durch die Aufmerksamheit unserer Genossen aufgedeckt.

Das große Problem.

Nachdem erst vor ein paar Tagen der Herr Seydebrandt in Altona zum Sammelplatz gelassen hat, kommt jetzt der unvermeidliche Herr Erzberger im Tag und gibt dort seiner Sammlungssehnsucht in einem längeren Artikel Ausdruck, den er mit dem schönen Titel: „Das große Problem“ überschrieben hat. Was für Herr Erzberger das „große Problem“ ist, braucht wohl hier kaum näher gesagt zu werden. Herr Erzberger zerbricht sich seinen armen Schädel darüber, wie man mit der bösen Sozialdemokratie fertig werden könne, deren „gewaltige Macht“ der Zentrumsmann lieber heute als morgen zertrümmert sehen möchte. Wenn die Sozialdemokratie so immer fortschreite wie bisher, so werde man bald den fürchterlichen Tag erleben, wo die Mehrheit der Wähler den roten Fittchen abgeben würde. Und nun kommt der übliche Schwanz über die Notwendigkeit des Zusammengehens aller Parteien gegen die Sozialdemokratie, wobei die fortschrittliche Volkspartei, die immer wieder bedenkliche Seitenlinge mache und mit den Sozialisten, deren Text gelesen bekommt. Aber wenn schon die verbündeten Volksparteier nicht dazu zu bringen seien, im Kampf gegen den Umsturz, sich unter das Kommando der Erzberger und Seydebrandt zu stellen, dann sollten wenigstens Rechte, Zentrum und Nationalliberale den Kampf gegen den Umsturz „mit aller Entschiedenheit und allen Konsequenzen“ aufnehmen und geschlossen führen. Am Schluß des Artikels heißt es dann:

Kein allgemeines bürgerliches Sammelkartell soll entstehen; jede Partei soll unerschütterlich fest auf ihrem Programm stehen, aber die rechte Aufgabe der praktischen Tagespolitik muß doch für alle heißen: härtester Kampf gegen die Sozialdemokratie! Das ist keine unmögliche Aufgabe, sondern nur der beste patriotische Gewinn für alle beteiligten Parteien. Von Dortmund bis Köln würde die praktische Anwendung dieses Satzes zum glatten Verlust aller sozialdemokratischen Mandate führen; Zentrum und Nationalliberale könnten sich in den Westy teilen; selbst die rote Dorschburg Solman könnte geholt werden. Es braucht nur der klare, feste Wille zu einer solchen Tat vorhanden sein; was an dieser wie im Zug durch das Reich geht, ist er unbesiegbar.

Gewiß ist durch eine so zu erreichende Halbierung der sozialdemokratischen Fraktion nicht alles erreicht und nicht jede Gefahr beseitigt, aber der Anfang zur Besserung und Selbstbestimmung breiter Volksschichten wäre damit gemacht. Anders wird in tonsequenter Weiterarbeit sich finden. Man muß nur einmal über die Anfangsbarriere hinwegkommen. Die Rede des Reichstagslautes beim Sammelkartell hat bisher kein Echo erzeugt, und die roten Feinde in den Hintergründen treten lassen. Geschickt und klug angefaßt, gibt es heute keine zugänglichere Parole als: Kampf um die Erröschung des Umsturzes gegen den Umsturz und Terrorismus der Sozialdemokratie!

Der Herr Erzberger ist also ein Optimist. Es muß wieder einmal so ein frisch-fröhlicher Feldzug aller Staats- und Parteiführer gegen die roten unternehmen werden, und dann wird es mit den Umstürzern schnell bergab gehen. Erzberger schneidet eine Wiederholung des Wahlzuges von 1907 vor, die sich allerdings von diesem dadurch unterscheiden soll, daß anstatt der konservativ-liberalen Paarung von „Stärpfen und Kaninchen“ die Hellenen und Ritter Arm in Arm mit Kaiser und Bismarckern unter den Segenswünschen des Reichsphilosophen Bethmann als Hüter der heiligsten Güter der Nation in die Schlacht ziehen. Herr Erzberger träumt wohl schon von der glücklichen Zeit, wo der brave deutsche Epigebürger nicht mehr durch „sozialdemokratische Fegreden“ in seiner Ruhe gestört wird.

Nur gemacht, Herr Erzberger! Wissen Sie denn wirklich nicht, daß Ihr Sammlungsrezept beinahe schon so alt ist, wie es niemand so gut bekommen ist als uns? Ist nicht schließlich schon bei den letzten Wahlen der Ordnungsbund des Herrn Erzberger tatsächlich vorhanden gewesen, und trotzdem sind die roten 110 gekommen! Und wenn uns schon eine Handvoll Mandate von den vereinigten Reaktionen abgenommen würde, wäre damit Spiel gewonnen? Auf 1907 folgte 1912. Nehmen wir die von Erzberger gesammelten Namen als Sieger aus der Schlacht heim, so würden sie durch ihre reaktionären Taten gar zu bald dafür sorgen, daß eine Welle der Empörung durch das deutsche Volk ginge, die der Sozialdemokratie Tausende von neuen Anhängern zuführen würde. Zudem wäre sowieso ein enges Zusammengehen der sozialistischen Kräfte mit den nationalliberalen Schloßbaronen und den Merkalen mit den nationalliberalen Schloßbaronen und dem Zentrum, die Arbeiter, die ihm heute noch nachlaufen, loszuwerden.

Über all diese Dinge scheint sich der brave Erzberger kaum den Kopf zerbrochen zu haben. Woher auch? Sie lassen ihm nicht in den Kram. Wenn er, der rede- und schreibgewaltige große Parteimann, sich einmal hinlegt und einen Artikel über das große Problem der Zertrümmerung der Sozialdemokratie schreibt, dann muß er doch auch eine Lösung präsentieren, so einfach und klar, daß jedem staatsbehaltenden Vetter das Herz im Leibe hüpfelt. Soll etwa der große Erzberger zugeben, daß er nicht wisse, wie mit der Sozialdemokratie fertig zu werden ist? Das geht doch nicht. Ein Rezept muß her und selbst auch noch so alt und noch so oft vergeblich erprobt. Uns Sozialdemokraten kann das Sammlungsrezept, das jetzt wieder so oft im bürgerlichen Lager erklingt, wahrlich sehr kalt lassen. Wissen wir doch, daß in Wirklichkeit weder Herr Erzberger noch sonst jemand das große Problem lösen wird, wie der Sozialdemokratie der Ausgang zu machen ist, so viele sich darüber auch schon den Kopf zerbrochen haben und noch zerbrechen werden. Unsere Bewegung ist tief verwurzelt in der kapitalistischen Welt und deshalb ist sie unüberwindbar; mögen die Seydebrandt und Erzberger machen, was sie wollen. Die Sozialdemokratie wird nicht verschwinden, ehe sie ihr Ziel erreicht hat, ehe die Sterbestunde des Kapitalismus geschlagen hat.

Deutsches Reich.

Die Preisgabe der Dualas.

Die Dualas sind in ihrem Vertrauen auf den deutschen Reichstag getäuscht worden. Die Mehrheit hat trotz ihrer ursprünglichen Entschlossenheit über das Vorgehen der Regierung sich am Mittwoch schließlich von den eifrigen Anstrengungen des Herrn Solf überreden lassen: der Kompromiß, der zwar viele Worte und Wünsche, aber gar keine Garantien bietet, wurde gegen die Sozialdemokratie angenommen. Dieses Sozialmal war das Ende einer mit viel Entschlossenheit unternommenen Aktion, obwohl diese letzten Tage der Verhandlungen im Reichstag in Wahrheit den Beweis erbracht haben, daß die Forderungen der Regierung abgelehnt werden mußten. Selbst die Redner der bürgerlichen Parteien, die schließlich für den Antrag der Kommission eintraten, mußten das Unrecht zugeben, das den Duala-Leuten widerfahren ist. Das war namentlich der Fall bei den Ausführungen des Zentrumredners, des früheren Gouverneurs von Ostpreußen, v. M e c h e r g, dessen ganze Beweisführung eigentlich zu dem Schluß hätte führen sollen, zu dem die sozialdemokratische Fraktion gelangte. Der Nationalliberale Reichth begründete die bittere Notwendigkeit der Enteignung der Dualas mit allerhand Gründen der Staatsraison und ebenso argumentierte der Fortschrittler Raband, der mehr als je die kofette Meinung bewies, eine Politik der Rechte zu treiben. Herr v. Bühlendorff und Herr Dr. Aren d t freuten sich ganz besonders, und Herr Dr. Solf hätte es eigentlich gar nicht nötig gehabt, noch einmal einen großen Feldzug gegen die Dualas zu eröffnen. Im letzten Augenblick führte Genosse Davidsohn in einer ausgezeichnet klaren Rede, die auf vorzüglichem Material aufgebaut war, die Gründe an, die das Verhalten der Sozialdemokratie bestimmen. Aber alle Argumentation war vergebens: die bürgerlichen Parteien waren von ihrem Entschluß nicht mehr abzubringen.

Im Laufe der Sitzung hatte die namentliche Abstimmung stattgefunden, durch die die neuerliche Forderung des Neubaus des Militärabteils in der Viktoriastraße mit 268 gegen 75 Stimmen abgelehnt wurde.

Eine neue Anklage gegen die Genossin Eugenburg!

Der Militarismus kann sich nicht beruhigen. Er hat nicht genug an den Schlappen, die er sich täglich in den Gerichtshäfen und im Reichstage von der Sozialdemokratie halt. Soeben hat der Kriegsminister von Falkenhayn einen neuen Strafantrag gegen die Genossin Eugenburg gestellt, und zwar wegen einer Äußerung, die sie in der Freiburger Messemensammlung vom 7. März getan hat. Der Herr Kriegsminister führt sich „im Namen des gesamten Offiziers- und Unteroffizierskorps der deutschen Armee“ beleidigt durch die Behauptung unserer Genossin, daß in der deutschen Armee Soldatenmishandlungen auf der Tagesordnung stehen. Dadurch sei nach der Meinung des Kriegsministers der Schwere und beleidigende Vorwurf der Pflichtvergeßlichkeit bei der Unterdrückung der Soldatenmishandlungen gegenüber den Angehörigen in der deutschen Armee erhoben. Eine bessere Gelegenheit, das dunkle Kapitel der Soldatenmishandlungen, der „Draxen in der deutschen Kasernen“, wie sich die Genossin in jener Versammlung ausgebrückt hat, vor Gericht ins volle Licht zu rufen, konnte uns gar nicht geboten werden. Wieder einmal: Es leben unsere Freunde — die Feinde!

Zum Fall Schleinig.

Am 22. April brachte die Germania Enthüllungen über die Verabredung des ostafrikanischen Schutztruppenkommandeurs Oberst v. Schleinig. Das Blatt berichtete, das Verbleiben des Herrn v. Schleinig im Amte sei schon 1910 in Frage gestellt gewesen, wenn nicht an einem damaligen Bericht eine Änderung vorgenommen worden wäre, die es ihm ermöglicht habe, nochmals aus seinem Urlaub in die Kolonie zurückzukehren.

Jetzt erst nimmt Herr v. Schleinig das Wort in der freikonservativen Post, und zwar in einem Leitartikel der Nummer vom Mittwochabend unter der Rubrik: „Warum ich gehen mußte.“ Diese Frage wird zwar nicht beantwortet, aber um so mehr wird in dem Artikel der ehemalige Gouverneur Freiherr v. Rechenberg angeschwärzt: er habe alles gewußt und als Vorgesetzter alles gebilligt, was dem Obersten v. Schleinig zum Verhängnis wurde. Auch wird v. Rechenberg beschuldigt, dem Abg. Erzberger das Material zu dem Feldzug gegen v. Schleinig geliefert zu haben.

Der verurteilte Reim.

Kolmar, 13. Mai. Heute verhandelte das hiesige Schöffengericht über die Verleumdungsangelegenheit des hiesigen Bäckers gegen den Vorstehenden des Allgemeinen deutschen Bäckereivereins, General a. D. Reim, wegen Verleumdung. General Reim, der nicht erschienen war, hatte am 9. Januar im Tag einen Artikel unter dem Titel „Schwaben und Elässer“ veröffentlicht, in dem er unter Bezugnahme auf Bäckerei und Genossen von Bäckern deutsch-allemanischer Herkunft gesprochen hatte, die mit Anrechnung ihrer Verleumdung zur Schau trügen; weiter von entarteten Volksgenossen, auf die man gerne verzichte, und von fetten Hechern. Das Gericht erachtete den Wahrheitsbeweis für den Vorwurf überbracht zu sein. Deshalb wurde General a. D. Reim zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt. Gegen das Urteil wurde sofort von dem Vertreter des Generals Berufung eingelegt.

Der Reichstagsangestammte?

Den Frankfurter Nachrichten wird aus Berlin geschrieben: „In den politischen Kreisen, die über wichtige politische Vorgänge zu allererst informiert werden, geht das Gerücht von Mund zu Mund, daß Herr v. Bethmann-Hollweg das traurige Ereignis des Hinscheidens seiner Gattin zum Anlaß nehmen werde, um das Amt des Reichstagslangens und preussischen Ministerpräsidenten demnach zu niederkulegen. Er hat, wie der Mitarbeiter des Blattes von einer Seite hört, die es unbedingt wissen muß, in politischer Beziehung fast keinen Fuß mehr auf dem Boden der Reichstagsverwaltung, sondern nur noch die Verwaltung des Reichstagspalais nicht davon erfährt.“

Wie weiter gemeldet wird, ist der Reichstagslangens seelisch völlig zusammengebrochen. Er wird voraussichtlich auch im Reichstag vor dem Ende der Session nicht mehr sprechen.

Das abgelehnte Proporzwahlrecht.

Am Mittwoch schloß die bayerische Kammer nach einem einseitigen Schlußwort des Liberalen Qu i d d e die liberalen und sozialdemokratischen Proporzentscheide ab. Für den liberalen Antrag stimmten auch die Bauernbündler, für den sozialdemokratischen nur Liberale und Sozialdemokraten.

Bei einer Vorrede über die Verstaatlichung der Dampfschiffahrt auf dem Starnberger See kam zur Sprache, daß der liberale Antrag auf den Bau der Dampfschiffahrtsgesellschaft an den Staat von bisher 3000 M. auf 5000 M. erhöht werden soll. Es wurde scharf hervorgehoben, daß da wieder vom Staat eine Erhöhung der Dividende gefordert werden ist. — In einer heftigen Auseinandersetzung kam es am Schluß zwischen Dr. Richter und den Sozialdemokraten. Richter hatte den Sozialdemokraten vorgeworfen, daß sie bei der Beratung des Gemeindefinanzengesetzes im Ausschuss Eitelkeit gegen den Versuch, ein wichtiges mit reaktionären Bestimmungen belastetes Gesetz, zu dessen Ausarbeitung die Regierung sechs Jahre gebraucht hat, in wenigen Wochen durchzusetzen.

Ein neuer Kurs in Preußen? Im preussischen Abgeordnetenhaus verhandelte am Mittwoch ganz bestimmt, daß wider Erwarten die Session nach der Entscheidung des Staats und der Befehlsgewalt nicht verlagert, sondern geschlossen werden soll; und zwar fährt man dies darauf zurück, daß der neue Minister des Innern v. Loebl sich von den Vorlesungen, die sein Vorgänger, v. Dahnke, eingebracht hat, befehlen und die Vorlesungen entweder unvorbehalten oder überhaupt fallen lassen wollte. Insbesondere dürfte sich dies auf das Abteilungsamt und vielleicht auch auf das Landesverwaltungsamt beziehen.

Die nationalliberalen Einigungsverhandlungen. Die holländische Zeitung meldet partiell: „Der schärfste Ausdrucks der nationalliberalen Partei hat sich bereit erklärt, ersprechend dem Frankfurter Beschluß des Gesamtkongresses des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend, in Verhandlungen mit dem Reichsverband einzutreten, die auf die Schaffung eines dauernden Friedens in der Partei abzielen. Dieses Einigenkommen der Partei ist sehr dankenswert und wird hoffentlich den Boden für die Verhandlungen abgeben, die letzten Endes zu der erwünschten Einigkeit in der Partei führen sollen.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Reichsratsabgeordnete als Polizeispiegel.

Am Mittwoch begann vor dem Prager Schöffengericht die Verhandlung in der Verleumdungsangelegenheit des ehemaligen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten und Ökonomen des reichsösterreichischen Reichstages, Dr. Karl S t i h a, gegen den verantwortlichen Redakteur der Prager „Karodni List“, Dr. S e r v a s H e l l e r, angeklagt. Das Blatt hatte den Abgeordneten beschuldigt, daß dieser unter dem Namen „Wiener“, sei es für ein Monatsgehalt von 800 Kronen, sei es für besondere Entlohnungen, vom Jahre 1910 an der Staatspolizei Spitzeldienste leistete, durch die er zum Schaden der tschechischen Politik vertrauliche Beschäfte tschechischer politischer Parteien verraten habe.

Dr. Heller erklärte, er wolle den Wahrheitsbeweis dahin führen, daß der Kläger in Verbindung mit der Polizei gestanden habe, und daß die Beschuldigung vom Standpunkt der politischen Moral wahr sei. Im Land der Redaktionen des Abg. Heller, früherer Redakteur der Karodni List, erklärte der Angeklagte, daß ein tschechischer Jurist in der Redaktion die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß S t i h a jährlich bezogen. Hierbei habe er für besondere Nachrichten Entschädigung erhalten.

Dem Vorwurfe des Verleidendes entgegnete, daß eine Reihe von Zeugen, darunter die Mitglieder des Geheimtribunals, das den Schuldspruch über S t i h a im Nationalrat auf Grund der vorgelegten Beweise gefällt hat, geladen worden.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag.

Budapest, 13. Mai. In dem von Marquis Macquhem über den Vorschlag des Ministeriums des Äußeren erstatteten Bericht